

Nach kurzen Einleitungsworten von Stadtrat Humpe-Waßmuth erteilt der Vorstizende, Ratsherr Arens, der Verwaltung (Herrn Voigt und Herrn Hellberg vom Fachdienst Allgemeiner Sozialer Dienst) das Wort.

Der Fachdienstleiter Herr Voigt erklärt den Ausschussmitgliedern das Projekt "Mehrgenerationenhaus".

In jeder kreisfreien Stadt und in jedem Kreis soll ein Mehrgenerationenhaus mit jeweils 40.000,- Euro pro Jahr für fünf Jahre gefördert werden.

Die Verwaltung hat auf Grund des Beschlusses der Ratsversammlung und anhand eines Kriterienkatalogs, bei dem die Anforderungen des Ministeriums zu Grunde gelegt werden, die vier vorgelegten Konzepte verglichen.

Herr Voigt erklärt, dass die Verwaltung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gebeten worden ist, auf jeden Fall eine Stellungnahme abzugeben, ansonsten werde die Servicestelle keine Entscheidung über die Bewerber für die Trägerschaft "Mehrgenerationenhaus" treffen.

Herr Hellberg erläutert auf Grund der vier vorgelegten Konzepte, sehr ausführlich das Zustandekommen der Drucksache vom 19.10.2006.

Die Drucksache sagt aus, dass die Dietrich-Bonhoeffer-Kirchengemeinde aufgefordert wird, sich Anfang des nächsten Jahres um die Trägerschaft für ein Mehrgenerationshaus in Neumünster zu bewerben.

Nach Beendigung des Vortrages bittet Ratsherr Hentschel um eine fünfminütige Sitzungspause.

Ratsherr Hentschel stellt dann folgenden Änderungsantrag für die CDU/FDP-Fraktion:

Änderungsantrag zur Drucksache 1093/2003/DS

1. Die Vorlage der Verwaltung wird abgelehnt.
2. Alle dem Ausschuss benannten Träger sind aufgefordert, ihr Konzept direkt bei der "Servicestelle" in Berlin vorzulegen.
Die Verwaltung wird aufgefordert, für die vier vorgelegten Konzepte jeweils eine positive Stellungnahme abzugeben.

Begründung:

Alle vorgelegten Konzepte sind gut und entsprechen in unterschiedlicher Weise den Ausschreibungsunterlagen des Bundesministeriums.

In der von der Verwaltung vorgelegten und von der Ratsversammlung einstimmig am 04.07.2006 beschlossenen Drucksache 1001/2003/DS heißt es unter dem Punkt:

Zum weiteren Vorgehen:

1. Interessierte Träger legen ihre Bewerbung für die Trägerschaft Mehrgenerationenhaus beim BMFSFJ bzw. bei der Servicestelle vor.
2. Die Stadt Neumünster gibt die von der Servicestelle angeforderte Stellungnahme ab.

Dieses Vorgehen ist einstimmig von der Ratsversammlung beschlossen worden. Eine "Vorauswahl" durch den Sozial- und Gesundheitsausschuss wurde nicht beschlossen.

Andrea Pries
(CDU)

Marianne Lingelbach
(FDP)

Es folgt eine sehr heftige Diskussion.

Stadtrat Humpe-Waßmuth bittet die Ausschussmitglieder, sich dringend für ein Projekt zu entscheiden, da es sehr schwierig sein wird, dass Berlin entscheiden soll, in welchem Stadtteil Neumünsters das Mehrgenerationenhaus erforderlich ist.

Nach langem Hin und Her lässt Ratsherr Arens über den geänderten Änderungsantrag abstimmen: